

Berner Oberländer, 27.02.2009

Matten: Regierungsrat Neuhaus zur Bödéli-Fusion

Für ein starkes regionales Zentrum

Regierungsrat Christoph Neuhaus sieht die Bödéli-Fusion als Chance für eine starke Agglomeration. Bei der Abstimmung vom 17.Mai gehe es noch nicht um die Fusion, sondern um eine Abklärung, betonte er vor der IG Bödéli.

Im Gegensatz zum Infoanlass der SVP Matten vor einer Woche (wir haben berichtet) nahm am Mittwochabend Gemeindedirektor Christoph Neuhaus an der von über fünfzig Personen besuchten Veranstaltung klar Stellung. Deutlich setzte er sich für ein Ja in Interlaken, Matten und Unterseen am 17.Mai ein. Ein Ja biete die Chance, die Grundlagen für eine Fusion zu erarbeiten und die Konsequenzen abzuklären. «Sie sollten es wagen», zitierte er US-Präsident Barack Obama.

Position der Stärke

In der 2000 formulierten «Strategie Gemeinden» setze der Kanton Bern auf starke und leistungsfähige Gemeinden, die ihre Aufgaben selbstständig erfüllen könnten, erklärte Neuhaus. Gemeindefusionen seien ein Weg, dem zunehmenden Reformdruck zu begegnen. Auf dem Bödéli sieht er die Chance, dass «drei Gemeinden mittlerer Grösse mit guten Strukturen» aus einer «Position der Stärke» Reformen vornehmen könnten.

Eine fusionierte Gemeinde auf dem Bödéli mit rund 14500 Einwohnern könnte eine «echte Agglomeration» bilden, betonte Neuhaus. Schon jetzt erhalte die Agglomeration Interlaken Bundesbeiträge für das Projekt «Crossbow». Der Bund wolle aber nach der Volkszählung von 2010 den Agglomerationsbegriff anpassen. Falls die Einwohnerzahl für die Kernstadt einer Agglomeration erhöht würde, wäre Interlaken allein wohl zu klein.

Mehr Gewicht nach aussen

Nur Gemeinden mit über 10000 Einwohnern erhielten alle Vernehmlassungsunterlagen zugestellt, stellte Neuhaus fest. Eine fusionierte Gemeinde hätte «ganz einfach mehr Gewicht». Auch gegenüber Firmen und Arbeitgebern – Neuhaus nannte das Beispiel Ruag – wäre die Verhandlungsposition stärker.

Keine Zwangsfusionen

In einem kleinen Schlagabtausch kritisierte Ruth Morgenthaler-Jörin aus Unterseen die «einseitige Stellungnahme» von SVP-Regierungsrat Neuhaus. Weder er noch die SVP seien für Zwangsfusionen, widerlegte er ihre Befürchtungen. Über eine allfällige Einschränkung der Bestandesgarantie für die Gemeinden könne das Volk (eventuell 2011) entscheiden.

«Eine Fusion wäre nicht nur für die drei Gemeinden, sondern für die ganze Region sehr wichtig», betonte FDP-Grossrat Peter Flück als Präsident der Regionalkonferenz. Zu der von ihm eingereichten Motion für eine Lockerung der Bestandesgarantie wollte er sich nicht äussern.

1,2-Millionen-Beitrag

In der Diskussion waren die Befürworter in der Mehrheit. Christoph Miesch, Vorsteher des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR), und Matthias Fischer, im AGR zuständig für Gemeindereformen, halfen offene Fragen aufzuklären.

Bei einer Fusion der drei Gemeinden würde der Kanton bis zu 1,2 Millionen Franken zahlen, für die Abklärung 60000 Franken. Die Kosten für die Abklärung schätzte Fischer vage auf 120000 Franken. Auch die Frage der Auswirkungen auf die Steuern wäre ein Punkt in der Abklärung. Falls nur zwei Gemeinden zustimmten, würden diese die Abklärung allein durchführen, hiess es von Seiten der IG Bödéli. Für die Fusion hingegen würde ein Nein einer Gemeinde Ablehnung bedeuten, stellte Miesch klar.

«Wir brauchen am 17.Mai ein klares Ja, damit die Gemeinden den Auftrag zur Abklärung erteilen können», warb Hansjürg Wyler, Präsident der IG Bödéli, abschliessend.

Robert Aemmer